



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

††: Von der preußischen Grenze.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Von der preussischen Grenze.

Geschichte der deutschen Politik unter dem Einfluß des italienischen Krieges. Eine Kritik. Berlin, Weidmann.

Keine von den zahlreichen Flugschriften, die wir im Lauf des vergangenen Jahres erwähnt haben, entspricht so ganz unsern eigenen Anschauungen und Schlüssen als die vorliegende, sowohl was die Kritik des Geschehenen als die Aussicht in die Zukunft betrifft. Nur in einem Punkt weichen wir von dem Verfasser ab: er sucht in der Handlungsweise der österreichischen Regierung noch immer mehr Zusammenhang als wirklich darin zu finden ist. Das Blaubuch muß auch den Kurzsichtigsten davon überzeugen, daß hier immer nur theils allgemeine Doctrinen und Vorurtheile, theils zufällige Impulse des Augenblicks maßgebend waren. Wo es darauf ankommt, mit Berücksichtigung der obwaltenden Umstände, was man will und was man nicht will, klar und bestimmt anzugeben, hält Graf Rechberg, der in allen Punkten Metternich zu copiren sucht, einen vielleicht wissenschaftlichen, aber jedenfalls weit-schweifigen Vortrag über das Princip der Legitimität, und wenn das Publicum mitunter die Beschämung hatte, sich über den wahren Sinn eines Moniteur-Artikels zu täuschen, so erlebt es jetzt die Genugthuung, daß es dem ersten Minister einer europäischen Großmacht nicht anders gegangen ist. Graf Rechberg ist nie genau davon unterrichtet, was der Gegner oder was sonst Jemand will, er gibt sich auch nicht die Mühe, sich mit den Andern zu verständigen, sie für seine Zwecke zu gewinnen, sondern es kommt ihm lediglich darauf an, in den Formen die Würde des großen Hauses, dem er dient, zu wahren, ganz in der Weise eines habsburger Diplomaten des siebenzehnten Jahrhunderts. Wenn er nur seine vornehme Haltung nicht verliert, so ist ihm alles Uebrige Nebensache. Eine solche Neigung kann nur zu einer scheinbaren Consequenz führen, und wenn man sich nachträglich bemüht, in den fortwährenden Widersprüchen des österreichischen Cabinets irgend einen geheimen Leitfaden zu entdecken, so wird damit dem österreichischen Staatsmann zu viel aufgebürdet. Vornehme Herren sind mehr daran gewöhnt, zu fordern als zu arbeiten, sie sind in ihren Forderungen streng und gebieterisch, wenn man ihnen aber zufällig nicht gehorcht, so hüllen sie sich in die Toga

ihres Standes und zucken die Achseln über das niedrige Volk, das gar keine Lebensart mehr hat. In dieser Stimmung und in ähnlichen scheint uns der ganze Schlüssel zu dem Labyrinth der österreichischen Politik zu liegen, nicht in einem tief versteckten Hintergedanken.

Nachdem der Verfasser ganz richtig nachgewiesen, daß der italienische Conflict zwar von Napoleon ausgebeutet wurde, weil er die Armee beschäftigen mußte, aber keineswegs erfunden; daß er vielmehr das nothwendige Resultat der Metternichschen Politik war, geht er auf die deutschen Stimmungen während desselben über, und weist die Umstände nach, aus denen es sich erklärt, daß die Verwandtschaft der italienischen und deutschen Bestrebungen nicht deutlicher hervortrat.

„Es ist wahr, die Staatenordnung Europas ist nicht erbaut auf dem Recht der Nationalität und kann nicht darauf erbaut werden. Volkseindividuen, die historisch vererbt oder zur selbstständigen politischen Existenz zu schwach sind, müssen sich bescheiden, Glieder eines größern Staatskörpers zu sein. Die Geschichte hat ihnen diese Lage nicht willkürlich, sondern nach dem Maß ihrer Kraft und nach dem Bedürfniß der europäischen Staatenfamilie bestimmt, und kein nationales Dogma wird ihnen zur Selbstständigkeit verhelfen. Andern Völkern macht ihre Größe, ihre Lage, ihre Entwicklung ein höheres Maß von nationaler Concentration erreichbar, als der bisherige Gang der Dinge ihnen gewährte. Sie wird kein historisches Dogma an dem Fortschritt verhindern, denn die Geschichte ist ein Werden; wenn im Strom dieses Werdens sich ihre sittliche, ihre politische Kraft erfrischt, so werden sie ringen, bis sie aus der „geschichtlichen Ordnung“ sich losgerungen haben, und an die Stelle des jetzigen historischen Rechts wird ein anderes nach Decennien nicht minder historisches treten. In diesem Ringkampf werden die andern Staaten hemmend, fördernd je nach ihrem Interesse eingreifen; aber niemals wird ein Staat, wenn sein politisches Urtheil nicht vergiftet ist durch heillose Dogmen, für seine Handlungsweise noch etwas anderes in Berechnung ziehen, als dieses sein Interesse, niemals wird er seine Kräfte vergeuden zum Kampf gegen das Princip der Nationalität, auch dann nicht, wenn es im Munde eines Gewalthabers moralische Indignation erregt.“

Wenn die feudale Partei den Kampf gegen das Princip in den Vordergrund stellte, so hatte sie dazu ihre guten Gründe. „Der Feudale, wenn sein Herz nicht steigt über seine Kastenidee, ist heimatlos wie jeder Ritter, ist Kosmopolit wie der französische Socialist, ist sich selbst Zweck wie der römische Clerus. Er treibt auch Interessenpolitik. Seine Dogmen sind die Umhüllung seiner Interessen. Wo die Landbevölkerung abhängig ist vom Gutsherrn, Dorf- und Stadtgemeinde ohne Selbstregierung sind, wo die Adelscorporation allein dieses Recht und in der Vertretung der Provinz und des Landes den

dominirenden Einfluß besitzt, wo der Monarch den erhabenen Beruf der Sorge für das Ganze vergißt und zum Organ einer Gesellschaftsclasse herabsteigt, da ist göttliche Ordnung, da ist das gesalbte Königthum. Dieser Conservatismus vergöttert das historische Recht, weil er für seine eignen Ansprüche ein rationelles nicht auffinden kann. Er eifert für das willkürlich Festgesetzte, weil seine eigne Stellung nur auf der Convention beruht. Er will nicht, daß in der Politik dem nationalen, dem sittlichen Bedürfniß der Völker Rechnung getragen werde, weil bei dem lebendigen Ausblühen aller Kräfte der Nation das dürre Reis seiner exclusiven Rechte nothwendig abgestoßen wird.“

Während die feudale Partei aus egoistischen Interessen Deutschland zur Theilnahme am italienischen Krieg zu bestimmen suchte, ließ sich ein Theil der wirklich Liberalen durch unklare Gefühle bestimmen. Die Herrschaft Oesterreichs in Italien wurde als eine Herrschaft Deutschlands in Italien dargestellt und der deutschen Nation die Pflicht aufgelegt, für den Angriff des Fremden sich eine „Satisfaction“ zu verschaffen. Der Verfasser sagt darüber ganz richtig: „man contrahirt doch keine Weltkriege wie der Student ein Duell, bloß um eine Satisfaction zu erlangen! . . . Das eben ist die Romantik des großdeutschen Patriotismus, daß er sich hinopfern möchte für eine Macht, die mit denselben Principien, um derenwillen sie in den italienischen Krieg zog, unsere deutsche Entwicklung hemmt und beseindet; daß er aus schwärmerischem Eifer für eine rein fingirte nationale Solidarität zwischen uns und dem Kaiserstaat sich der engern Verbindung der Staaten entgegenstemmt, die wirklich deutsche niemals unter sich collidirende Interessen haben; die aber gegenwärtig stets in Gefahr sind, für undeutsche und fremdartige Zwecke in Anspruch genommen zu werden.“

Die Aufgabe Preußens war, der Sache dadurch eine nationale Wendung zu geben, daß es den Beistand, den es Oesterreich leisten wollte, von Zugeständnissen abhängig machte, und bis es diese erlangt, in rein defensiver Stellung verharrte. Lange Zeit hindurch verfolgte Preußen auch wirklich diese Politik, aber zuletzt ließ es sich durch die allgemeine Stimmung fortreißen und machte sechs Armeekorps mobil, bevor es jene Zugeständnisse erlangt. Oesterreich glaubte sehr geschickt zu handeln, als es nun, da Preußen einmal unwiderruflich engagirt war, sogar das wieder zurücknahm, was es bereits wirklich zugegeben hatte, und vielleicht wäre es ihm in der That gelungen, Preußen ohne alle Bedingungen in den Kampf zu ziehen, wenn es nicht mittlerweile einen andern Einfall gehabt hätte, nämlich den Einfall, plötzlich Frieden zu schließen. Was diesen Einfall herbeiführte, ist auch durch das Blaubuch nicht erklärt worden. Wo so verschiedenartige Motive durcheinander wogen, gibt zuweilen ein bloßer Zufall die Entscheidung.

Allgemein im Volk war das Gefühl rege geworden, daß ohne eine festere

Einigung Deutschland stets der größten Gefahr ausgesetzt sei, eine Beute des Auslandes zu werden. Freilich ist dies Gefühl noch lange nicht stark genug einen bestimmten Willen hervorzurufen. „Sollte Preußen jetzt an den Bund Anträge zur Umwandlung seines föderativen Prinzips bringen, da es doch nicht einmal etwas positiv Anderes als übereinstimmende Forderung der öffentlichen Meinung aufstellen konnte? Da noch weniger der Wille der Nation als unentschiebbar, drängende Macht hinter ihm stand! Sollte man die Centralgewalt aufgeben und die Idee des Parlaments festhalten? Das Vorkommen derselben in den Mittel- und Kleinstaaten ist begreiflich. Der nationale Sinn, die politische Thätigkeit findet keine Befriedigung in einem parlamentarischen Wirken, das ohne Einfluß und Bedeutung für die europäischen Geschicke bleibt. Aber ein Parlament, dessen Berathung eine Würde und Wirkung haben soll, ist nur denkbar neben einer Regierungsgewalt und nicht neben einem Gesandten-Collegium, von denen ein Jeder sich hinter den Willen seines souveränen Hofes, so oft ihm beliebt, zurückziehen kann. Sollte das Parlament die einzige Formel zusammendebattiren, die noch nicht da war? Solch eine Debatte kann nebensächliche Meinungsverschiedenheiten, aber keine Prinzipien ausgleichen, deren Gegensatz bis auf den Grund geht. Sollte man sich begnügen, mit dem bescheideneren Vorschlag einer Vereinigung von Ausschüssen sämtlicher Kammern, in deren Auswahl Volk und Regierung sich theilten? Aber abgesehen von dem kläglichen Verurtheil, das falsche Prinzip des Bundes neben den Scheinreformen der Regierungen auch noch durch Scheinberathungen der Volksvertretung zu übertünchen, wäre bei den gegenwärtigen parlamentarischen Zuständen diese Versammlung eine traurige Nachfolgerin des ersten deutschen Parlaments geworden. Ein Congreß aller Landtage, so entscheidend er wirken könnte, als letzte abschließende Vorbereitung der deutschen Sache, verspricht doch erst dann einen Erfolg, wenn die Kammern selbst von dem gleichen nationalen Sinn bewegt sind. Der patriotische Geist, dessen man sich allenthalben rühmt, thut es noch nicht, aus ihm folgt zur Besserung unseres Nothstandes schlechthin gar nichts, solange dieser Geist keine Form gefunden hat, die er als Werkzeug in die Hand nehmen, durch die er die Dinge praktisch umgestalten will.“ — Und nicht einmal über den Hauptpunkt konnte eine Verständigung erzielt werden: „daß die Ideen eines deutschen Parlaments mit österreichischer Betheiligung eine Phantasie, daß die Bewirkung desselben für den Kaiserstaat eine Unmöglichkeit ist. Ein deutsches Parlament mit ernster Betheiligung Oesterreichs, dieser Gedanke ist entweder ein kindlicher oder ein unkluger Wunsch, — der Wunsch, daß der Kaiserstaat durch eine Revolutionirung vernichtet werde, daß Rußland im Osten seinen Rivalen verliere.“

Wenn diese Unklarheit aus den eigenthümlichen Zuständen des deutschen

Volks hinreichend erklärt wird, so scheint dagegen Preußen die Bahn, die es wandeln soll, bestimmter vorgezeichnet zu sein. — „Preußen ist ein begünstigter, ein glücklicher Staat, sein Beruf und die Richtung seines Machtstrebens ist ihm durch Geschichte und Bedürfniß mit so scharfer Prägnanz vor Augen gestellt, daß ein Irrthum kaum möglich ist. Wenn es dennoch irrt, so hat der Abweg eine so verwüstende Folge, daß eine redliche, eine besonnene Gesinnung davor erschrecken und die Umkehr beschließen muß. Wenn es dann umkehrt, so gewinnt es in Monaten wieder, was es in Jahren verscherzte . . . Das Geschick häuft Glück über Preußen; es fordert nur, daß es mit rascher Hand das Glück ergreife.“ — Aber freilich liegt darin auch eine große Gefahr für die preussische Politik. So oft eine Krisis eintritt, aus der es Vortheil zu ziehen im Stande wäre, setzt es voraus, daß die natürlichen Consequenzen derselben sich dem allgemeinen Bewußtsein aufdrängen würden, daß es mit freiwilliger Beistimmung aller Betheiligten die Zwecke werde durchführen können, die es durchführen muß. In dieser Voraussetzung zögert es mit seinem Entschluß, bis die günstige Gelegenheit vorübergeht; und dann wieder wird es ihm sehr schwer, rasch aufzugeben, was es nicht mehr durchführen kann. Dieses Schwanken zwischen Wollen und Nichtwollen hat sich seit 1849 fast von Jahr zu Jahr wiederholt. „Es ist zwar ein ehrenwerther, aber ein äußerst schwieriger und erfolgloser Standpunkt, in Mitten einer schlimmen und zugleich sehr thätigen Welt die Summe der eigenen Mittel nach dem Kanon einer privaten Gewissenhaftigkeit zu beschränken.“

In derselben Lage, einen schnellen und durchgreifenden Entschluß zu fassen, ist die preussische Regierung auch in diesem Augenblick nach zwei Seiten hin. — „Wie der Particularismus, so ist auch der Feudalismus der moralischen Ueberredung nicht zugänglich; wenn diese Kammeression denselben unproductiven Verlauf nimmt wie die vorige, wozu wird die Regierung sich entschließen? Wird sie die verfassungsmäßigen Mittel ergreifen, um einen Widerstand zu brechen, den nur die Gunst zufälliger Umstände organisiert hat? oder wird sie ihre organischen Gesetzentwürfe, d. h. die Mittel zur dauernden Gesundung und zur politischen Entwicklung des Staats, zu Grunde gehen lassen? Eine Phrase ist bereits aufgetaucht; durch das edle Wort „Rechtsstaat“ scheint 1860 die Stagnation der innern Politik etwa so entschuldigt werden zu sollen, wie 1849 die Erfolglosigkeit der deutschen Politik durch die Formel der „Vereinbarung“. Aber es ist schwerlich Zeit da, nach einem hin- und herschwankenden Kampf der Parteien, nach einem Jahrzehnt langen historischen Proceß endlich zu einer festen Richtung zu gelangen. Weil Preußen moralische Eroberungen zu machen hat, darum wünschen so viele, daß alles Halbe in seiner Politik verschwinde, daß es mit jenem Zauber sich ausstatte, der den Zuschauer stets ergreift, wo ein geschlossenes System, wo ein Wille aus Einem

Guß, wo ein Entschluß, der alle Theilhandlungen beherrscht, ihm entgegentritt.“

Ebenso nach der andern Seite. „Falls die Bundesmajorität so hart bleibt, wie bisher die Feudalen in unserm Lande, was wird die Regierung thun? Wird sie sagen: Preußen hat seinen moralischen Willen bewiesen, und damit geleistet, was es konnte? oder wird sie sich entschlossen auf das Völkerrecht berufen, das ihr gestattet, an ihrer Grenze keine Zustände zu dulden, welche den Keim zu Unruhen in sich tragen? Zwischen einer Großmacht und einer Privatperson ist, wie bekannt, ein Unterschied; diese darf sich auf ihre Gesinnung berufen, jene kann ohne Beschädigung ihres Ansehens nicht öffentlich einen Willen proclamiren, der nicht zur That wird.“

So weit unsere Flugschrift; suchen wir diese allgemeinen Sätze kurz auf die wichtigsten der schwebenden Fragen anzuwenden. Diese Anwendung ist um so nothwendiger, da jetzt dem preußischen Landtag nicht bloß die größte Frage vorliegt, über die er seit seinem Bestehen zu entscheiden gehabt, sondern eine Frage, die in ihrem Einfluß auf das gesammte Volksleben weit durchgreifender ist, als die Einführung der constitutionellen Verfassung selbst.

Würden wir bei diesem Entwurf einer neuen Militärordnung nur die eine Seite ins Auge fassen, die Bedeutung für die militärische Ausbildung des Volks und die Beziehung zum bürgerlichen Leben, so würden wir es entschieden für die Pflicht des Landtags halten, die Vorlage zu verwerfen. Es ist gesagt worden, daß Preußen moralische Eroberungen in Deutschland machen soll: das kann doch nichts anders heißen, als daß die Angehörigen der übrigen deutschen Staaten Preußen beneiden und den Wunsch hegen sollen, gleichfalls Preußen zu werden. Geht aber diese Vorlage durch und wird im übrigen nichts geändert, so wird die Sache sich anders stellen: jeder Deutsche wird sich glücklich preisen, nicht in Preußen geboren zu sein, und jeder Preuze wird die übrigen Deutschen beneiden.

An sich ist das Prinzip, von welchem der gegenwärtige Gesetzesentwurf so wie der des General Bonin ausgeht, vollkommen zu billigen. Die allgemeine Wehrpflicht bestand bis jetzt mehr dem Namen als der Sache nach. Es mußte mit derselben Ernst gemacht werden; jeder Staatsbürger, der nicht verkrüppelt ist, mußte seine Wehrpflicht leisten. Allgemein aber hatte man angenommen, daß mit dieser Verallgemeinerung der Dienstpflicht eine Herabsetzung der Dienstzeit auf höchstens zwei Jahre verbunden sein würde. Statt dessen setzt der Entwurf die Zeit nicht bloß auf drei Jahre fest, sondern er verwandelt den bisherigen Landwehmann der folgenden fünf Jahre in einen Kriegservisten, d. h. er stellt ihn unter das Militärgesetz. Der junge Lieutenant ist also ins künftige der Vorgesetzte des Assessors, des Kreisrichters, und muß von ihm salutirt werden. Wie weit das nun praktisch festzustellen sein wird, darauf

kommt es um so weniger an, da die Details der Militärordnung schwerlich der Controle des Landtags anheimgegeben werden können. Der neue Entwurf vergrößert also nicht bloß die Staatsausgaben in einer Weise, die selbst den entschlossensten Ministeriellen in Schrecken gesetzt hat; er vermindert nicht bloß die productive Thätigkeit, d. h. die Steuerkraft des Volks in einer eben so unerhörten Weise, sondern er macht auf eine Reihe von Jahren, vom 19—27 Jahr, den Staatsbürger zum Soldaten; d. h. wie die Sachen jetzt stehn, er unterwirft den Bürgerstand dem Junkerthum. Denn es ist auch nicht die leiseste Andeutung gegeben, daß die bisherige Feudalverfassung des Heeres geändert, daß das adlige Element des Offizierstandes durch ein bürgerliches ergänzt werden soll. Im Gegentheil fällt das weg, was bisher noch einigen Ersatz gab, das Institut der Landwehr-Offiziere, da factisch die Landwehr aufhört; denn was von nun an Landwehr heißt, ist die ehemalige Landwehr zweiten Aufgebots, die in Friedenszeiten gar nicht in Betracht kommt.

Freilich werden zur Ergänzung dieses Gesetzes andere in Aussicht gestellt, die das bürgerliche Element dem adeligen gegenüber heben sollen, namentlich eine neue Kreisordnung. Aber die Sache steht so, daß diese Gesetze (wahrscheinlich auch die neue Grundsteuerumlage) das Herrenhaus verwerfen, das Militärgesetz dagegen annehmen wird. Da nun Graf Schwerin erklärt hat, die Kreistage bestehn zu Recht, so würde es auch in dieser Hinsicht beim alten bleiben, und wir hätten dann das seltsame Schauspiel erlebt, daß unter einer liberalen Regierung das Junkerthum viel größere Fortschritte gemacht hätte als unter der Reaction. Wenn aber das Haus der Abgeordneten einmal die zur neuen Militärordnung nothwendigen Ausgaben anerkannt hat, so wird es auch die erforderlichen Steuern bewilligen müssen, gleichviel wo diese herkommen.

Ein solcher Gesetzentwurf kann nur in Zeiten der höchsten Noth oder eines gewaltigen Aufschwungs angenommen werden: die erste ist nicht vorhanden, den letzten hat die Regierung nicht zu erregen gewußt. Noch ist es nicht zu spät dazu; aber es ist die allerhöchste Zeit, und wenn wir der festen Ueberzeugung sind, daß Preußens Volk, um seinem Beruf zu genügen, sich jedem Opfer, auch dem schwersten unterziehen muß und wird, so kann ihm doch nicht zugemuthet werden dies Opfer zu bringen, wenn es nicht weiß wozu.

Man darf die Phrase „Vertrauen zum gegenwärtigen Ministerium“ nicht auf die Spitze treiben. Das Ministerium hat vortreffliche Absichten, und seine Richtung im Allgemeinen, auch in der auswärtigen Politik, wird vom Volk gebilligt. Aber es hat in der Ausführung dieser Politik bisher nicht viel Geschick gezeigt, und es hat in keinem einzigen Moment verstanden, das Volk

für das, was es wollte, warm zu machen. Das ist aber nicht bloß wünschenswerth, sondern nothwendig, wenn sich das Volk zu großen Opfern entschließen soll.

Eine ungeheure Veränderung des europäischen Völkerrechts hat statt gefunden ohne irgend eine Betheiligung Preußens, und ohne daß Preußen aus seiner Stellung den geringsten Nutzen gezogen hätte. Seitdem der Antrag von Du Rane mit einer so ungeheuren Majorität verworfen ist, steht in unsern Augen das englisch-französische Bündniß fest, d. h. es steht fest, daß sich Napoleon die Einverleibung Mittelitaliens in Sardinien, daß sich England die Einverleibung Savoyens in Frankreich gefallen läßt. Das erste ist ein sehr wünschenswerthes, das zweite ein sehr trauriges, ein sehr Gefahr drohendes Ereigniß. Was hat nun Preußen durch sein Schweigen erreicht? Es hat nicht einmal die günstige Conjunction benutzt, Frankreich zu bestimmen, seinerseits die Regulirung der Schleswig-Holsteinischen Angelegenheiten zuzulassen. Jetzt liest man in den Zeitungen, daß es ebenso wie Rußland, nur etwas leiser, das Prinzip der Legitimität wieder aufs Tapet bringt, auch wieder den Wunsch nach einem Congreß ausspricht. Vor drei Monaten war das vielleicht eine nicht wünschenswerthe, aber durchführbare Politik, was es aber jetzt heißen soll, das ist dem Uneingeweihten vollkommen unverständlich. Und, wohl gemerkt! die preussische Politik ist jetzt in der Lage, durch Verständlichkeit alles zu gewinnen, durch Unverständlichkeit alles einzubüßen. Preußen ist ein sehr mächtiger Staat, wenn es den Geist seines Volks für sich erweckt, es ist von allen Staaten der ohnmächtigste, wenn dies ihm nicht gelingt.

Wie steht es jetzt eigentlich zu Oestreich? wie steht es zu Deutschland? — Es wird gemeldet, daß der Bundestag nachträglich Preußens Antrag in Bezug auf die Bundeskriegsverfassung angenommen d. h. daß er beschlossen habe, auch die organischen Paragraphen des Statuts in Betracht zu ziehen. Schon dies formelle Zugeständniß zeigt augenscheinlich, daß man auf jener Seite das Gefühl hat, Preußens zu bedürfen. Es zeigt aber noch lange nicht, daß man materielle Zugeständnisse zu machen gedenkt: denn was sich als Resultat jener Inbetrachtung herausstellen wird, darüber weiß man nichts. Ueber die hessische Frage ist alles still, und was Schleswig-Holstein betrifft, so beschließt der Bundestag in dem Augenblick, wo die dänische Regierung, die Regierung eines ganz zerrütteten Staats, an Unverschämtheit alles überbietet was sie bisher gethan, in einem Augenblick, wo sie die deutschen Herzogthümer gerade so als eroberte Provinzen behandelt, wie Kaiser Nikolaus die Polen 1832 — beschließt der Bundestag, in Erwartung von diesem und jenem die Execution wieder zu vertagen! — Ist das eine Politik, für die man jährlich 11—12 Millionen mehr ausgeben, für die man die Blüthe des männlichen Alters ins Militär stecken darf?

Preußen schwebt zu oft in dem unglückseligen Wahn, es genüge bereits ein schönes Heer zu haben. Unter Friedrich Wilhelm I., auch 1805, war das Heer so gut als möglich, und doch war Preußen der schlechtesten Behandlung ausgesetzt. Der bloße Besitz der Waffe thut nichts, wenn sie nicht in staatsmännischen und entschlossenen Händen ist. Die französische Armee ist immer gut gewesen, Frankreich stand aber von 1815—1850 in Europa äußerst schwach. Wodurch hat Napoleon in den letzten Jahren so ungeheure Erfolge errungen? Dadurch daß er Sinn für die Realität der Dinge hat; dadurch daß er sein eigenes Volk und den Geist der andern Völker zu berechnen versteht. Freilich hat er auch darin Fehler begangen, Fehler der schlimmsten Art, aber wer Sinn besitzt für die Realität der Dinge der weiß diese Fehler zu corrigiren. Auch seine Politik in den beiden letzten Monaten, dies durchgreifende rücksichtslose und dabei doch maßvolle Vorgehen gegen die Kirche, hat es nicht für unsere Zeit, wo, wie es scheint, Niemand etwas will, ohne zugleich das Gegentheil zu wollen, etwas Bezauberndes? Schlimm genug, daß der Zauberer für uns am gefährlichsten ist! Napoleon hat durch seine jetzige Haltung nicht bloß nach außen gewonnen, er hat auch seine Stellung im Innern sehr bedeutend befestigt. Sein gefährlichster Gegner war der Orleanismus, der die ehrbaren gesetzten Leute des Staats umfaßte; wenn aber die Herrn Orleanisten nichts Klügeres zu thun wissen, als die Vertreter des Pfaffenthums in die Akademie aufzunehmen, oder sich vom Grafen Chambord salbungsvolle Briefe schreiben zu lassen, so werden sie bald ebenso ein Kinderspott sein wie ihre Vorgänger, die Legitimisten.

Die Gefahr, die uns von Napoleon droht, rückt täglich näher; natürlich will er die Rheingrenze, und da wir ihm zum Ersatz derselben nichts anderes zu bieten haben, da Preußen nicht bloß gegen Deutschland, sondern gegen sich selbst die Verpflichtung hat, auch mit Gefahr seines Untergangs als Vertreter Deutschlands die Rheingrenze zu erhalten, so ist an einen Vertrag mit Frankreich nicht zu denken. Die Gefahr ist aber auch nicht so groß, wenn es Preußen gelingt, Deutschland zu einigen. Den Weg dazu hat es mit seinen Anträgen am Bundestag vollkommen richtig und correct bezeichnet. Es ist aber ein ganz falsches Mittel, wenn es, um auf demselben vorwärts zu kommen, sich in den Mantel der Bescheidenheit hüllt, der das Vertrauen nicht vermehrt, wohl aber die Achtung vermindert. Es hat seinen Bundesgenossen, namentlich Oestreich reinen Wein einzuschenken, es hat ihm zu zeigen, daß es die beiderseitige Lage vollkommen durchschaut und die Hilfe, die es ihm bringen kann, nicht unterschätzt; es hat jede ungerechtfertigte Forderung, z. B. die Wiederaufnahme der alten italienischen Eroberungsgelüste, kurzweg zurückzuweisen und ganz genau das Maß der Solidarität festzustellen. Vor allen Dingen, es hat seine gesammte Politik den Augen der Nation offen darzu-

Grenzboten I. 1860.

legen. Insofern ist das vorige Jahr nicht ohne Früchte geblieben, daß von einer Rheinbundspolitik der mittlern Staaten nicht die Rede sein kann, und eine defensive deutsche Kriegsordnung nach Maßgabe der preussischen Vorschläge würde nicht bloß von einer europäischen Coalition gedeckt, sondern auch von Napoleon respectirt werden, weil er in ihr wiederum eine Realität sähe.

Wenn sich die preussische Regierung entschließt, das, was sie will nach außen und nach innen, genau zu formuliren und sich unzweideutig darüber ausspricht, daß dieser Wille auch durchgesetzt werden soll; wenn sie die dazu nothwendigen einleitenden Schritte (z. B. in Bezug auf das Herrenhaus) sofort vollzieht (es ist Gefahr im Verzuge), so wird die Landesvertretung ihr die Mittel, groß aufzutreten, nicht weigern. Wenn sie sich aber hinter formelle Distinctionen, „Executive“ und „Legislative“ u. dgl. verschanzt, so hat der Landtag sehr wohl zu überlegen, eine wie furchtbare Verantwortlichkeit auf ihm lastet. Er hat vor allen Dingen zu überlegen, daß in einem civilisirten Staat das Heer nicht Zweck, sondern nur Mittel sein darf. —

Denen aber, die in Deutschland den preussischen Verhandlungen zusehen, mit dem Gefühl, unbetheiligte Zuschauer zu sein, rufen wir mit den Worten der oben erwähnten Flugschrift zu: „Ehe wir nicht eine klare Definition haben von dem, was wir wollen, können wir nicht sagen, daß wir etwas wollen. Eine Centralgewalt ohne Einigung über das Subject, das sie haben, ein Parlament ohne Centralgewalt, die seine Beschlüsse sichern soll, das sind Bilder, aber keine politischen Begriffe. Eine Einigung, deren Proceß erfolgen soll gegen die Gesetze der Mathematik und Physik, paßt wenigstens nicht als Zweck in diese reale Welt. Niemand kann zwei mächtige Organismen in einen dritten verschmelzen, Niemand in eine Einheit zwei Zahlen zusammenrechnen, von denen jede eine andere Sache, eine andere Qualität bedeutet. Wen sein Gefühl verhindert, solche Grundwahrheiten anzuerkennen, der wünscht zwar die Einheit, aber er will sie nicht, und was ihn betrifft, so werden wir in alle Zukunft jenes schmerzweckende Lied singen können, welches fragend nach dem Vaterlande sucht, und mit seiner Sehnsucht niemals über das Sollen hinauskommt.“ ††